

Koloniales Erbe mit Langzeitwirkung

Der Nordosten Indiens (Teil II)

Von Thomas Schmitt

In diesem zweiten Teil des Beitrages wird die Geschichte der Konflikte sowie der Parteienbildung in Nagaland dargestellt. Dies beginnt mit deren Anfängen zur Zeit Britisch-Indiens sowie mit der nach der Erlangung der Unabhängigkeit eskalierten ethno-politischen Konfrontation und der von der Zentralmacht angewendeten, jedoch fragwürdigen Strategie von Verhandlungen und Repression.

Die Nordostregion wird häufig bildhaft als *Chicken's Neck* bezeichnet, dessen Territorium lediglich durch einen 30 bis 150 Kilometer schmalen Korridor mit dem „indischen Mutterland“ verbunden ist. Die Konturen der politisch wie geographisch isolierten Lage der Region entstanden bereits vor der indischen Unabhängigkeit Indiens. Die von den britischen Kolonialherren aus administrativen Gründen gezogenen Grenzlinien verstärkten die bestehenden kulturellen und politischen Gegensätze zwischen den dort beheimateten Bevölkerungsgruppen. Daher ist deren Zusammenleben bis heute konfliktreich geblieben. Schon in den frühen zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts machten sich separatistische Bestrebungen unter einigen der Stämme bemerkbar, die sich ethnisch-kulturell eher den thai-stämmigen Bevölkerungsgruppen Birmas oder Thailands, als den indoarischen Bevölkerungsgruppen Nordindiens zurechnen. Unkontrollierte Zuwanderung sowie der als unrechtmäßig empfundene Anschluss der peripheren Stammes Territorien an Indien hat einen Komplex administrativ bedingter politischer Spannungen und Ressentiments sowie Angst vor Überfremdung und Misstrauen entstehen lassen, der die

ganze Region durchdringt. In den Stammesgebieten der Nordostregion zeigen sich hierbei jeweils ähnlich gestaltete Spielarten ein und derselben Problemkonstellation: Unter dem Druck von parlamentarischer Mehrheitsbeschaffung und Herrschaftskonkurrenz kommt es zu ethnischen Mobilisierungen, welche von den unterschiedlichsten politischen Gruppen gezielt zur Abwehr gegen die von der indischen Zentralregierung betriebenen „Integrationspolitik“ eingesetzt werden.

Die Naga - eine kollektive Konstruktion

Die Bevölkerung des Unionsstaates Nagalands setzt sich hauptsächlich aus den kulturell verwandten Bergstämmen der Naga zusammen, deren Bevölkerungszahl sich nach dem Zensus von 2001 auf eine Gesamtzahl von rund 1 500 000 beläuft. Mit Ausnahme der *kuki-chin*-sprachigen *Ao* und *Lhota* werden neben Englisch überwiegend tibeto-birmanische Sprachen gesprochen, deren Dialekte sich aufgrund langandauernder geographischer Isolierung von Dorf zu Dorf erheblich unterscheiden. Bis zur Ankunft der britischen Kolonialmacht hatten die einzelnen Naga-Gruppen keine Vorstellung einer

gemeinsamen Identität. Der Begriff der *Nagas*, unter dem die zahlreichen Einzelgruppen heute zusammengefasst werden, ist eine assamesische Fremdbezeichnung ungeklärten Ursprungs. Bis zum heutigen Tage leben große Teile der Naga-Stämme sowohl in den umliegenden Unionsstaaten Arunachal Pradesh, Assam und Manipur als auch im Bergland Birmas.

Excluded Area und Inner Line Pass

Für die britische Kolonialmacht hatte die abgelegene Region von Anbeginn keine nennenswerten ökonomische Anreize bieten können. Zu fremd war der soziokulturelle Hintergrund der dort beheimateten und als „Kopffäger“ bekannten Stammesgruppen. In der vordergründigen Absicht, die Naga-Gruppen vor der Vereinnahmung durch externe Gruppen schützen zu wollen, wurden die Berggebiete 1935 der Provinz Assam als *Excluded Areas* zugeschlagen.

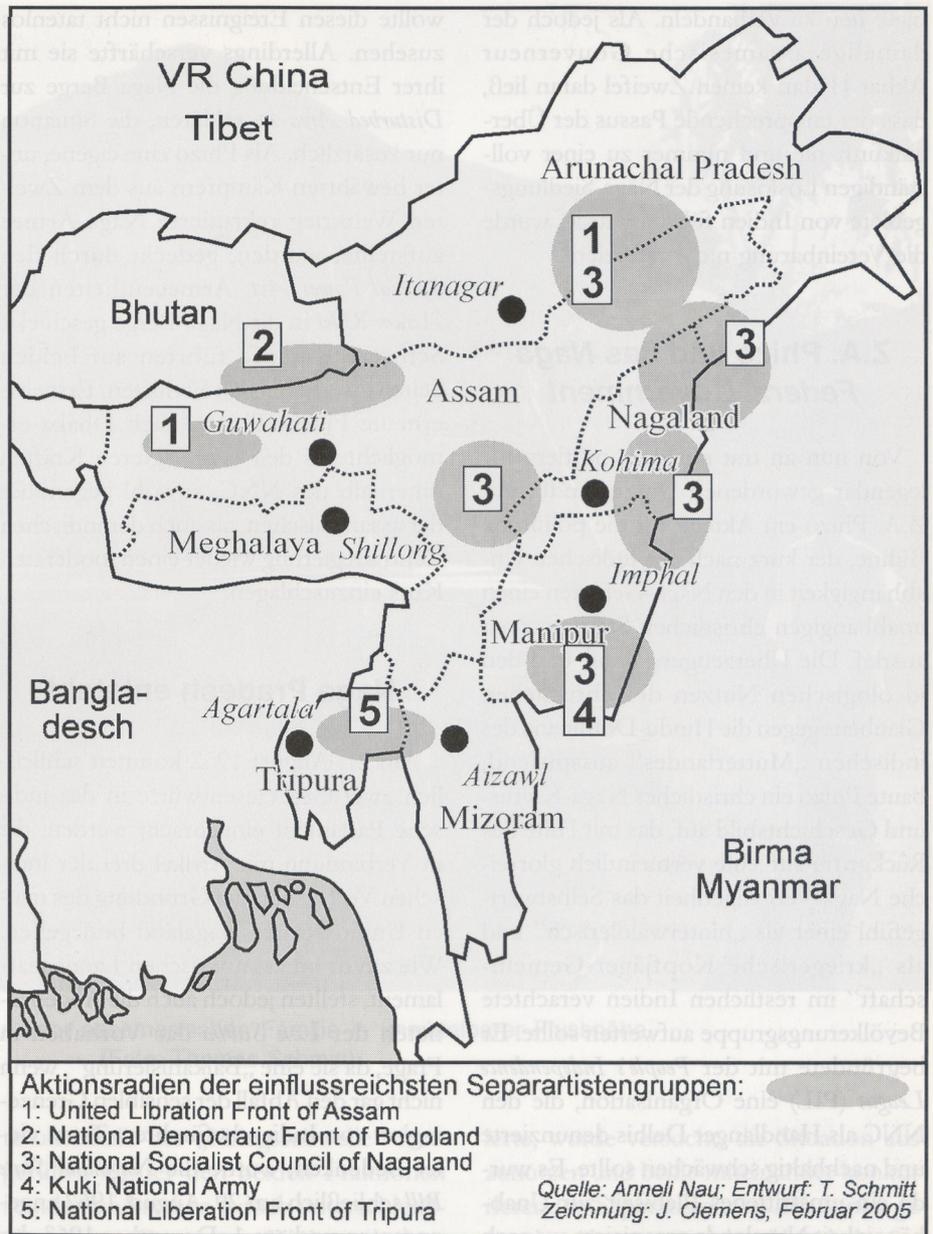
Doch schon lange zuvor konnten in den Bergregionen Gesetze nur mit der Zustimmung der jeweiligen Gouverneure wirksam werden. Diese Gebiete waren lediglich einer losen politisch-administrativen Kontrolle unterstellt und die Bewoh-

ner genossen den Status der „Freien Naga“. Von der rechtlichen und soziokulturellen Entwicklung in den Talregionen des Brahmaputras weitestgehend isoliert und der lokalen Selbstverwaltung überlassen, war es neben wenigen Offiziellen der Kolonialverwaltung einzig Missionaren gestattet, in die Stammesgebiete einzureisen. Mit einem so genannten *Inner Line Pass* ausgestattet konnten sie das Werte- und Sozialsystem der Naga mit Bibel- und Gesangsbuchübersetzungen transformieren, so dass alte Stammestraktionen schnell an ursprünglicher Bedeutung verloren. Gleichzeitig fanden die Naga-Gruppen jedoch mit christlicher Hilfe auch die Möglichkeit, ihre kulturelle Identität neu zu definieren und zu modernisieren. Noch vor der Unabhängigkeit Indiens setzte bei vielen Naga-Gruppen die Bewusstwerdung einer eigenen, „tribalen“ Identität ein, die von einer sich entwickelnden, überwiegend christlich und nationalistisch ausgerichteten Naga-Elite initiiert und zunutze gemacht wurde.

Vom Naga Club (NC) zum Naga National Council (NNC)

Das Aufkommen eines neuen politischen Bewusstseins unter den verschiedenen Naga-Gruppen wurde zudem auch von der britischen Kolonialmacht befördert. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sie unter kampfgeprobten Kriegsveteranen den *Naga Club* gegründet, eine Organisation, die der britischen Administration beim „Verstehen“ der anhaltenden sozialen und administrativen Probleme in den Naga-Bergen behilflich sein sollte. Diese Honoratiorenvereinigung war sowohl für Verwaltungsbeamte als auch für Stammesoberhäupter offen und diente zu Beginn als Bollwerk gegen tiefer gehende nationalistische Bestrebungen. Ausgerechnet die Führer des *Naga Clubs* waren es, die im Januar 1929 in einem Referendum forderten, die Naga-Berge von Britisch Indien abzuspalten: „You conquered us. When you go, we should be left as we are.“

Mit dem Segen der britischen Kolonialmacht fanden die Forderungen des *Naga Club* alsdann Eingang in den *Government*



Aktionsradien der einflussreichsten Separatistengruppen

of India Act, wodurch die Naga-Berge weiterhin als lose zu verwaltende Gebiets-einheit betrachtet, de facto aber der Provinz Assam zugeschlagen wurden.

Wider den indischen Mainstream

Nachdem die Siedlungsgebiete der Naga-Gruppen gegen ihren Wunsch als Bestandteil des Unionsstaates Assam in die Indische Union eingegliedert worden waren, versuchte die Nachfolgerorganisation des *Naga Club*, der *Naga National Council* (NNC) bis 1955 dem Wunsch nach mehr tribaler Selbstverwaltung mit

Protestaktionen und Petitionen Nachdruck zu verleihen. Der *Naga National Council* begründete sein Ansinnen mit einer Jahrhunderte alten Tradition der Selbstbestimmung und der ständigen Angst, vom indischen „Mutterland“ kulturell, ökonomisch und politisch vereinnahmt zu werden.

Das Ziel der indischen Regierung bestand hingegen vornehmlich darin, das britische Erbe bestmöglichst zu verwalten und die politisch-kulturelle Integration der Naga-Gruppen voranzutreiben. Stein des Anstoßes wurde so ein Neun-Punkteprogramm (*Hydari-Agreement*), das vorsah, nach einer Übergangszeit von zehn Jahren, den Verbleib der Naga-Ge-

biete neu zu verhandeln. Als jedoch der damalige assamesische Gouverneur Akbar Hydari keinen Zweifel daran ließ, dass der entsprechende Passus der Übereinkunft nie und nimmer zu einer vollständigen Loslösung der Naga-Siedlungsgebiete von Indien führen würde, wurde die Vereinbarung nicht ratifiziert.

Z.A. Phizo und das Naga Federal Government

Von nun an trat mit dem mittlerweile legendär gewordenen Untergrundführer Z.A. Phizo ein Akteur auf die politische Bühne, der kurz nach der indischen Unabhängigkeit in den Naga-Gebieten einen unabhängigen christlichen Stammesstaat ausrief. Die Überzeugungskraft und den ideologischen Nutzen des christlichen Glaubens gegen die Hindu-Dominanz des indischen „Mutterlandes“ ausspielend, baute Phizo ein christliches Naga-Kultur- und Geschichtsbild auf, das mit Hilfe des Rückgriffs auf eine vermeintlich glorreiche Naga-Vergangenheit das Selbstwertgefühl einer als „hinterwäldlerisch“ und als „kriegerische Kopffjäger-Gemeinschaft“ im restlichen Indien verachtete Bevölkerungsgruppe aufwerten sollte. Er begründete mit der *People's Independence League* (PIL) eine Organisation, die den NNC als Handlanger Delhis denunzierte und nachhaltig schwächen sollte. Es wurde ein umstrittenes Plebiszit zur Unabhängigkeit Nagalands organisiert, wonach 99 Prozent der Befragten für eine Loslösung Nagalands von Indien stimmten. Allerdings wurde dieses Votum von der Zentralregierung nie anerkannt. Im Hochgefühl die Mehrheit der Naga-Bevölkerung hinter sich zu haben, wurden schließlich die *Lok Sabha*-Wahlen von 1952 boykottiert. Dies führte dazu, dass nahezu keine Interessenvertreter der Naga im Parlament vertreten waren.

Nachdem Phizo 1953 aus birmanischer Haft entlassen wurde, verdoppelte sich sein anti-indischer Heldenstatus bei der Ankunft in seinem indischen *Homeland*, indem er der assamesischen Landesregierung mit dem *Naga Federal Government* (NFG) gar eine Parallelregierung entgensetzte und am 23. März 1956 den *Independent State of Nagaland* ausrief. Die indische Zentralregierung konnte und

wollte diesen Ereignissen nicht tatenlos zusehen. Allerdings verschärfte sie mit ihrer Entscheidung die Naga Berge zur *Disturbed Area* zu erklären, die Situation nur zusätzlich. Als Phizo eine eigene, unter bewährten Kämpfern aus dem Zweiten Weltkrieg rekrutierte Naga-Armee aufstellte, wurden, gedeckt durch den *Special Power Act*, Armeeeinheiten der *Assam Rifles* in die Naga-Berge geschickt. Schwere Kämpfe führten auf beiden Seiten zu erheblichen Verlusten. Erst eine erneute Flucht Phizos nach Dhaka ermöglichte es den gemäßigeren Kräften innerhalb des NNC, sowohl gegenüber der assamesischen, als auch der indischen Zentralregierung wieder einen moderaten Kurs einzuschlagen.

Naga Pradesh entsteht

Am 21. August 1962 konnten schließlich zwei Gesetzesentwürfe in das indische Parlament eingebracht werden, die in Verbindung mit Artikel drei der indischen Verfassung die Gründung des neuen Unionsstaates Nagaland besiegelten. Wie zuvor im assamesischen Landesparlament, stellten jedoch auch die Abgeordneten der *Lok Sabha* das Vorhaben in Frage, da sie eine „Balkanisierung“, wenn nicht gar den Abfall der sensiblen Grenzregion von Indien befürchteten. Trotz vieler Bedenken, wurde die *Nagaland State Bill* schließlich am 29. August 1962 angenommen und am 1. Dezember 1963 der 16. indische Unionsstaat Nagaland ausgerufen.

Mit der Gründung dieses neuen Unionsstaates (Naga Pradesh) wurde gleichzeitig der Boden für die Gründung mehrerer Parteien bereitet. Die erste Partei, die Nagaland über eine Dekade regieren sollte, war die 1957 aus der *Naga People Convention* (NPC) hervorgegangene *Naga Nationalist Organisation* (NNO). Es war ihr Verdienst, dass die Zentralregierung die so genannte *Nagaland Peace Mission* starten konnte und es im September 1964 zum vorübergehenden Waffenstillstand mit den nach wie vor aktiven Aufständischen kam.

Die Rolle der parlamentarischen Opposition wurde hingegen von der *Democratic Party* (DP) ausgefüllt, welche die NNO als *non-Naga Organisation* ver-

unglimpfte und sich als politisches Sammelbecken derjenigen Kräfte begriff, die primär gegen die Zentralregierung gerichtet waren. Zunächst in *United Front of Nagaland* (UFN) und dann in *United Democratic Front* (UDF) umbenannt, konnte sie 1974 zum ersten Mal die Wahlen zum Landesparlament gewinnen. Die den Aufständischen nahestehende Parteienorganisation verfolgte hierbei bei allen Unionsstaatswahlen eine erfolgreiche Doppelstrategie. Mit dem programmatischen Ziel, alle Naga-Stämme in einem *Homeland* zu vereinigen, aber gleichzeitig auch die grassierende Korruption bekämpfen zu wollen, war sie auch für diejenigen Wähler attraktiv, denen die enge Verbindung der Partei zu Phizos Separatisten zuvor suspekt erschienen war.

President's Rule 1975

Die relativ geringe Mehrheit der UDF von lediglich zwei Sitzen (bei zwölf unabhängigen Abgeordneten) machte angesichts der fortwährenden Konfliktlage mit den Aufständischen eine konstruktive Regierungsarbeit unmöglich. Schon nach einem knappen Jahr war die UDF-Regierung am Ende und musste aufgrund zahlreicher Parteiübertritte wieder der NNO Platz machen. Die nunmehr von J.B. Jasokie geführte Regierung erteilte jedoch nach zehn Tagen das gleiche Schicksal, worauf die Zentralregierung am 22. März 1975 das Landesparlament auflöste und die *President's Rule* über den Unionsstaat verhängte. Die zweiunddreißig Monate andauernde Suspendierung hatte weitreichende Folgen. Zwar konnte, zumindest offiziell, mit einem Waffenstillstandsabkommen am 6. November 1975 in Shillong (*Shillong-Accord*) der Krieg mit den Aufständischen offiziell beendet werden, de facto besaßen jedoch Armee und paramilitärische Einheiten alle Macht, die nötig war, den „Friedensvertrag“ in die Hände der Verhandlungsführer zu diktieren. Die hinter den politischen Spannungen liegenden Ressourcen-, Identitäts- und Wertekonflikte wurden jedoch nicht gelöst. Als im März 1977 der Ausnahmezustand aufgehoben und acht Monate später erneut Landesparlamentswahlen durchgeführt wurden, ging die UDF mit 35 Sitzen zwar wiederum als stärkste politische Kraft aus den



Typischer Pfahlbau einer assamesischen Familie in unmittelbarer Flussnähe.
(Foto: Thomas Schmitt)

Wahlen hervor, die Mehrheitsverhältnisse waren aber wiederum zu labil, um konstruktive Regierungsarbeit leisten zu können.

Das National Socialist Council of Nagaland (NSCN)

Vor dem Hintergrund eines aufgeblähten und in erster Linie der persönlichen Bereicherung dienenden Regierungs-, Behörden-, und Verwaltungsapparates war es Thuingaleng Muivah, der 1980 mit dem *National Socialist Council of Nagaland* (NSCN) eine Separatistenorganisation aus der Taufe hob, die im Grunde nach bis in die heutigen Tage aktiv ist. Auch wenn die von den indischen Streitkräften im Oktober 1987 durchgeführte *Operation Bluebird* die Aufständischen in zwei konkurrierende Rebellenorganisation spalten konnte, wurde der bewaffnete Kampf für die Eigenstaatlichkeit Nagalands bis heu-

te unterhalb der „Kriegsschwelle“ fortgeführt. Hinter den beiden Fraktionen standen und stehen jedoch unterschiedliche Naga-Gruppen. Während dem NSCN-IM mit Thuingaleng Muivah ein Thankhul-Naga vorsteht, werden die birmanischen Naga-Guerillas von S.S. Khaplang angeführt. Ungeachtet der Spaltung der Guerillabewegung versuchten beide mit wechselndem Erfolg Kontakt zu anderen Aufständischengruppen in der Nordostregion aufzunehmen und über legalisierte „Frontorganisationen“ wie etwa dem Studentenverband der *Naga Students Federation* (NSF) Einfluss auf die Innenpolitik Nagalands auszuüben.

Devide et Impera: Friedensverhandlungen mit ungewissem Ausgang

Als die Zentralregierung 1996 aufgrund anhaltender Terrorangriffe einen Verhandlungsprozess mit den Rebellen initi-

ierte, wurde versucht, die Situation auszunutzen und beide miteinander konkurrierenden Separatistenorganisationen gegeneinander auszuspielen. Von Anbeginn wurde der NSCN-IM aufgrund seines größer erachteten Gewalt- und Gefahrenpotenzials gegenüber der Khaplang-Fraktion als Verhandlungspartner vorgezogen. Hintergedanke war, dass ein Waffenstillstand mit der Muivah-Fraktion auf lange Sicht dessen Organisation neutralisieren werde und es danach einfacher sei, den Friedensprozess auf die Khaplang-Fraktion auszudehnen. Dies führte dazu, dass im August 1997 zunächst ein Waffenstillstand zwischen der indischen Zentralregierung und dem NSCN-IM, aber erst im April 2001 eine Waffenruhe auch mit der Khaplang-Fraktion vereinbart wurde. Die separaten Waffenstillstandsabkommen hatten jedoch andere, in der Nordostregion aktive Aufständischengruppen auf den Plan gerufen. Sie kritisieren, dass insbesondere das Abkommen



Assamesischer Governor anlässlich eines Besuchs auf der Insel Majuli im Januar 2002.

(Foto: Thomas Schmitt)

mit der NSCN-IM Fraktion ohne ausdrückliche Sanktionierung der territorialen Ansprüche auf ein „Groß Nagaland“ zustande gekommen sei. Fragwürdig ist dieser teuer erkaufte Separatfrieden gerade deshalb, da eine Ausklammerung der Territorialfrage bei Friedensverhandlungen mit Aufständischen in der Nordostregion immer den Gebietsansprüchen anderer Separatistenorganisationen zuwiderläuft.

Für die Zentralregierung in Delhi bleibt somit nicht nur Nagaland ein ständiger Unruheherd. Wenngleich die Waffenruhe die Lage in der Region entspannt hat, führte die Strategie, subnationalistische oder kommunalistische Bewegungen durch Schaffung weiterer föderaler Enklaven einzudämmen, bislang nicht zur Befriedung einer überwiegend durch Korruption und Misswirtschaft gezeichneten Region. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und viele Angehörige der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen sind der politischen

Gewalt längst überdrüssig. Viele von ihnen haben den Aufständischen die Unterstützung entzogen und fordern ein Ende der Gewalt. Doch gerade die zur Eindämmung des alltäglichen Terrors notwendige Präsenz der indischen Armee und der vielen paramilitärischen Einheiten führt letztlich dazu, dass sich die Bevölkerung durch den indischen Zentralstaat nicht weniger bedroht fühlt, als von den Aufständischen selbst. **D**

► **Zum Autor:** Thomas Schmitt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Rostock und arbeitet an seiner Dissertation über Staatenbildung im Nordosten Indiens.